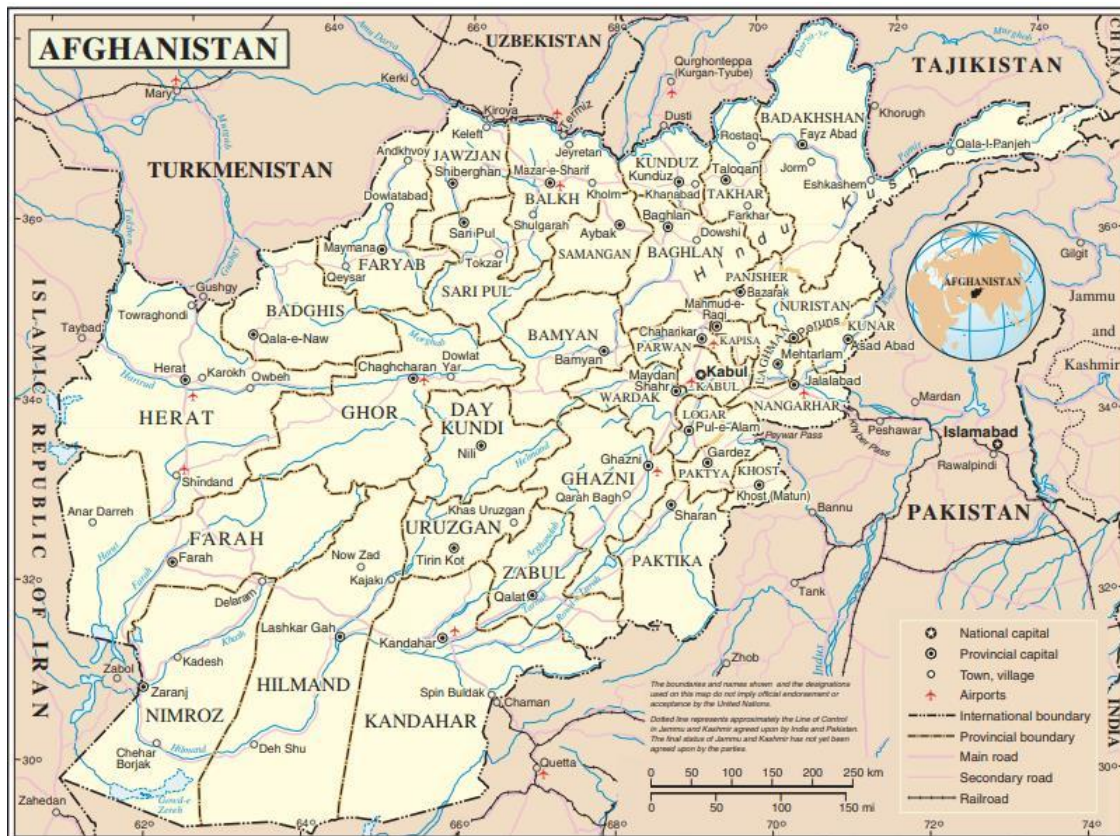


Factsheet Afghanistan

Mai 2023



Karte: Vereinte Nationen, 2011

1 Facts & Figures

Gesamtbevölkerung: schätzungsweise mehr als [40 Millionen](#). Etwas weniger als die Hälfte ist [unter 15 Jahre alt](#).

Sprachen: Die zwei offiziellen Landessprachen sind [Paschtu und Dari](#). Von Minderheiten gesprochene Sprachen haben in einigen Regionen ebenfalls einen offiziellen Status.

Ethnische Zusammensetzung: Momentan gibt es keine verlässlichen Daten zu Ethnien in Afghanistan. [Schätzungen](#): Paschtunen 42%, Tadschiken 27%, Hazara 9%, Usbeken 9%, Turkmenen 3%, Balutschen 2%, andere 8%.

Religion: Der Islam ist die [vorherrschende Religion \(80-85% Sunniten und 10-15% Schiiten\)](#).

2 Risikoprofile

Hier werden nur die grössten und am meisten gefährdeten Gruppen genannt. Detailliertere und vollständigere Informationen finden Sie in den letzten aktualisierten [Leitlinien](#) der Asylagentur der Europäischen Union (EUA) und im Update zu den [Gefährdungsprofilen](#) der SFH.

- **Frauen und Mädchen** haben aufgrund der von den Taliban auferlegten Beschränkungen eingeschränkte Bewegungsfreiheit (sie müssen einen männlichen Begleiter haben), eingeschränkten Zugang zu Bildung und Berufsverbote. Sie sind weiterhin Missbrauch, Zwangsheirat und «Ehrverbrechen» ausgesetzt.
- Mitglieder religiöser und ethnischer Minderheiten, insbesondere Hazara und Schiiten, die gezielt vom IS/Daesh (Islamischer Staat von Khorasan) und den Taliban verfolgt werden.
- **Medienschaffende.**
- **Menschenrechtsverteidiger*innen und Aktivist*innen der Zivilgesellschaft.**
- **Personen, die von den Taliban als «Kollaborateure» angesehen werden, da sie eine Verbindung mit den folgenden Akteuren hatten oder haben:**
 - Der früheren afghanischen Regierung, insbesondere Justizbedienstete (Richter*innen, Staatsanwält*innen, Anwält*innen), Mitarbeitende der Polizei und der nationalen Sicherheitskräfte sowie ihre Familien;
 - Internationalen Truppen, insbesondere Dolmetschende und ihre Familien;
 - Internationalen Organisationen vor Ort.
- Personen, die als Mitglieder oder Sympathisant*innen der **Nationalen Widerstandsfront (NRF)** oder des **IS/Daesh** wahrgenommen werden;
- Personen, von denen angenommen wird, dass sie **gegen moralische und/oder gesellschaftliche Normen verstossen** haben, wie LGBTQI+-Personen und Personen, die der Verwestlichung verdächtigt werden.

3 Jüngste Entwicklungen

3.1 Sicherheitslage

Die Taliban kontrollieren das gesamte Land. Nur der IS/Daesh und die Nationale Widerstandsfront machen ihnen diese Kontrolle streitig. Die Taliban nutzten den Abzug der internationalen Truppen und den [Zusammenbruch der afghanischen Armee](#), um Kabul am 15. August 2021 einzunehmen. Heute kontrollieren die Taliban 34 Provinzen, doch werden sie weiterhin vom IS/Daesh (Islamischer Staat von Khorasan) angegriffen. Deren Zahl an Kämpfern ist innerhalb von 18 Monaten von [3000 auf 6000 gestiegen](#). Zwischen August 2021 und September 2022 hat diese Gruppierung [mindestens 16 Angriffe durchgeführt. Sie griffen hauptsächlich die schiitische Minderheit](#), aber auch die Taliban an. Eine weitere Bedrohung geht von den [Anti-Taliban-Widerstandsgruppen](#) aus, die seit August 2021 entstanden sind. Die wichtigste Gruppe ist die Nationale Widerstandsfront (NRF), die vom Sohn des Kommandanten Massoud angeführt wird und im [Panjshir-Tal](#) stationiert ist. Entgegen den Behauptungen der Taliban ist Al Quaida immer noch in Afghanistan präsent, wie die [Ermordung ihres Anführers, Ayman al-Zawahri](#) durch eine amerikanische Drohne im August 2022 gezeigt hat. Die Gruppe hat [zwischen 180 und 800 Mitglieder](#) und ist insbesondere im Süden und Osten des Landes präsent.

3.2 Politische Lage

Errichtung des Islamischen Emirats von Afghanistan. Regierung nicht integrativ. Trotz der [Versprechen der Taliban, eine integrative Regierung zu bilden](#), in der alle Ethnien und Stämme vertreten wären, setzt sich die interimistische Regierung [hauptsächlich aus paschtunischen Männern](#) zusammen. Es sind hochrangige Führungskräfte der Taliban, darunter auch einige, die von den Vereinten Nationen mit Sanktionen belegt sind. Es bestehen einige [Unstimmigkeiten](#) zwischen der Taliban-Regierung in Kabul und dem religiösen Rat der

Taliban in Kandahar, der vom Obersten Führer Haibatullah Akhundzada geleitet wird. Die Regierung wünscht eine pragmatischere Vorgehensweise, was die Rechte der Frauen angeht, um die internationale Gemeinschaft zu beschwichtigen. Bis jetzt wurde die Taliban-Regierung noch [von keinem Land offiziell anerkannt](#).

Chaotische Übernahme der Verwaltung. Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage.

Die Übernahme des Staatsapparats durch die Taliban verlief zu Beginn chaotisch. Trotz der Ankündigung, dass es für [Beamt*innen eine Amnestie](#) geben würde, haben [Tausende von ihnen das Land verlassen](#). Das führte zu einer Regierungskrise bei den Taliban und Problemen in der Verwaltung. Doch nach ein paar Monaten begannen die Taliban, die [bestehenden bürokratischen Strukturen der früheren Regierung teilweise wieder einzurichten](#). Mit Ausnahme des Justiz- und Sicherheitssektors behielten die meisten Beamt*innen der unteren und mittleren Ränge ihren Arbeitsplatz und bekommen ein Gehalt. Die Machtübernahme der Taliban war begleitet von einer dramatischen [Verschlechterung der Wirtschaftslage](#), die noch verschärft wurde durch den plötzlichen Wegfall der Wirtschaftshilfe und das Einfrieren der Reserven der afghanischen Zentralbank in Höhe von 9,5 Milliarden US-Dollar durch die USA. Das [Bruttoinlandprodukt \(BIP\) nahm zwischen 30% und 35% ab](#). Die Sanktionen führten beinahe zu einem [Zusammenbruch des Bankensystems](#) in Afghanistan. Aufgrund der [Vereinbarungen zwischen der Weltbank, der UN und den Taliban](#) konnten die Gesundheitsdienstleistungen und die Nahrungsmittelunterstützung aufrechterhalten werden, insbesondere durch regelmässige Bargeldzahlungen. Mit diesen Zahlungen wird auch die afghanische Währung gestützt und ein wirtschaftlicher Zusammenbruch verhindert.

4 Auswirkungen des Konflikts auf Zivilpersonen

Katastrophale humanitäre Lage. Schon vor der Eskalation der Kämpfe und der Machtergreifung der Taliban befand sich Afghanistan in einer der schlimmsten humanitären Krisen seiner Geschichte, vor allem aufgrund der prekären Sicherheitslage, ausgedehnter Dürreperioden in den letzten Jahren, aber auch aufgrund der sozioökonomischen Auswirkungen von Covid-19. Der Zusammenbruch der Regierung hat die wirtschaftliche Krise noch verschärft und viele Menschen aus der extremen Armut in eine absolute Katastrophe gestürzt. Im Januar 2023 schätzten die Vereinten Nationen, dass [mehr als 28 Millionen Menschen dringend humanitäre Hilfe benötigten](#), im Vergleich zu 24,4 Millionen Anfang 2022. Die Zahl der Menschen, die [an akutem Hunger leiden, stieg im Jahr 2023 auf 17 Millionen](#).

Weniger durch den Konflikt vertriebene Menschen. Laut IOM waren bereits vor der Machtübernahme der Taliban [5,5 Millionen Menschen in Afghanistan](#) aufgrund des Konflikts, aber auch aufgrund von Naturkatastrophen, [langfristig vertrieben](#). Seit August 2021 hat die Zahl der durch den Konflikt vertriebenen Menschen stark abgenommen. 2021 waren es ungefähr 737'000, [zwischen Januar und Juni 2022 waren es nur 7400 Personen](#). Es ist die niedrigste Zahl, die in Afghanistan je während eines halben Jahres von der UN gezählt wurde. Es kam hauptsächlich in den Provinzen Baghlan und Panjshir zu Vertreibungen, den Hochburgen des Widerstands gegen die Taliban.

Der Exodus der Afghan*innen setzt sich vor allem in Richtung Pakistan und Iran fort. Seit der Machtübernahme der Taliban wurden fast 123'000 Menschen, die meisten von ihnen Afghan*innen, [vom Flughafen in Kabul evakuiert](#). Es gibt aber noch keine genauen Zahlen darüber, wie viele Afghan*innen aufgrund von Feindseligkeiten, Menschenrechtsverletzungen oder aus Angst vor den Folgen der Machtübernahme der Taliban auf dem Landweg aus dem

Land geflohen sind. Laut [UNHCR](#) flohen seit August 2021 1,6 Millionen Afghan*innen in den Iran (1 Million) und nach Pakistan (600'000). Die meisten von ihnen haben die Grenzen illegal überquert.

Die meisten angrenzenden Länder «sichern» ihre Grenzen und weisen Afghan*innen aus. Länder wie Iran, Pakistan oder auch die Türkei haben ihre Grenzen zum grossen Teil gesichert und es wurde alles getan, um afghanische Neuankommende abzuschrecken, einschliesslich Massenverhaftungen mit anschliessender Abschiebung, insbesondere in den Iran, wo [nach Angaben des UNHCR](#) 65% der Neuankommenden abgeschoben wurden. In Pakistan wurden [laut der UN](#) zwischen Januar und Juli 2022 mindestens 46'000 Afghan*innen nach Afghanistan deportiert. Die Türkei hat [laut HRW](#) zwischen Januar und September 2022 45'000 Afghan*innen deportiert.

5 Ausschluss von Frauen aus dem öffentlichen Leben

Versprechen zu den Rechten der Frauen nicht eingehalten. Ausschluss von Frauen aus dem öffentlichen Leben Nach einer Zeit der Unsicherheit über die Auslegung des islamischen Rechts haben die Taliban nach und nach ihre Absichten offengelegt; und die anfänglichen Versprechen wurden nicht eingehalten. Bis auf einige Lehrerinnen und Frauen in Gesundheitsberufen [ist es den Frauen weitgehend verboten zu arbeiten](#). Im Dezember 2022 [beschlossen die Taliban, dass Frauen nicht mehr in lokalen und internationalen Hilfsorganisation arbeiten dürfen](#). Daraufhin haben viele Organisationen [ihre Arbeit eingestellt](#). Viele afghanische Frauen und Mädchen müssen nun von einem [männlichen Verwandten begleitet werden](#), wenn sie ihr Haus verlassen, und sie dürfen [nur in Begleitung eines Mannes inländische oder internationale Flüge antreten](#). Die Taliban haben auch angekündigt, [Sekundarschulen für Mädchen zu schliessen](#). Das bedeutet, dass in sehr vielen Provinzen Schülerinnen nach dem sechsten Jahr nicht mehr zur Schule gehen dürfen. Ende 2022 [verboten die Taliban den Frauen, an Universitäten zu studieren](#). Vorher war ihnen bereits verboten, bestimmte Fächer zu studieren, wie Tiermedizin, Ingenieurwesen, Wirtschaft oder Landwirtschaft. Anfang Mai verkündeten die Taliban per Dekret, dass künftig alle afghanischen Frauen [einen Ganzkörperschleier tragen müssen](#). Diejenigen, die sich weigern, müssen sich ihren Vormündern, dem Vater oder dem Ehemann erklären und müssen mit drei Tagen Gefängnis rechnen.

6 Praxis der Schweizer Behörden

Niedrige Anerkennungsrate, aber hohe Schutzrate. Laut den [Zahlen des SEM](#) für 2022 lag die Anerkennungsrate bei 12,4% und die Schutzrate (positive Entscheide und vorläufige Aufnahmen) bei 72,8%.

Suspendierung der Wegweisungen nach Afghanistan. Aufgrund der Entwicklungen in Afghanistan entschied die Schweiz im August 2021, die [vorgesehenen Wegweisungen nach Afghanistan auszusetzen](#) und auch keine Wegweisungsentscheide mehr auszusprechen.